Martin Brummermann und Susanne Sadler schauen auf den Gewerkschaftstag zurück. Ihr Fazit: Tolle Organisation, wichtige Impulse für die eigene Arbeit. **Seiten 2 und 4**

Die Kunststoffbranche wächst weiter. Einzelne Betriebe bekommen jedoch zu spüren, dass sie als Zulieferer der Automobilindustrie unter Druck geraten. **Seite 3**

nachdruck

Nr.46 | Dezember 2019

4,1 Prozent mehr Geld

In der dritten Verhandlungsrunde einigten sich Arbeitgeber und IG Metall auf 4,1 Prozent mehr Geld in zwei Stufen. Das Ergebnis ist ordenlich und bringt real mehr Geld aufs Konto.

Die Tarifkommission tagte parallel zu den Verhandlungen und beriet die weiteren Schritte.

Insgesamt 4,1 Prozent mehr Lohn & Gehalt	
01.03.2020 - 31.12.2020	2,1 %
und ab 01.01.2021	weitere 2 %
für Januar und Februar 2020	100 Euro einmalig
Tarifvertrag Demografie läuft weiter	
Laufzeit bis 30.09.2021	

Die dritte Verhandlungsrunde Anfang Dezember in Bad Salzuflen brachte schließlich ein Ergebnis: Insgesamt 4,1 Prozent mehr Geld gibt es für die Beschäftigten in der lippischen Kunststoffindustrie (siehe Kasten). Die Tarifkommission der IG Metall hat das Ergebnis bereits angenommen.

Danach hatte es zuvor nicht ausgesehen, die Arbeitgeberseite war mit einem Mini-Angebot unterhalb der Inflation und einer Laufzeit von 30 Monaten unterwegs. Da hätten die Beschäftigten noch Geld mitbringen müssen, um zu arbeiten. Erstmals fanden in dieser Tarifrunde aktive Mittagspausen statt, in der Beschäftigte ein Zeichen setzten und der Tarifkommission in den Verhandlungen den Rücken stärkten. In der dritten Runde setzte sich dann aber die Vernunft durch: Eine Tariferhöhung, die auch ihren Namen verdient, also real mehr Geld aufs Konto bringt. »Unsere Forderungen waren und sind auch gerechtfertigt und plausibel«, sagt Svend Newger, Verhandlungsführer der IG Metall, »letztlich ist das Ergebnis ein Kompromis, der den Unternehmen auch den Spielraum lässt, sich in den bevorstehenden Umbrüchen besser aufzustellen«.

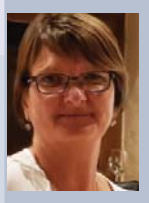
Die Kunststoffbranche wächst, die Aussichten sind nicht schlecht. Einzig in den Betrieben, die der Automobilindustrie zuliefern, häufen sich die Alarmzeichen: Es fehlen Aufträge. »Auch für das E-Auto werden Kunststoffteile gebraucht. Aber offenbar gibt es aktuell eine Zurückhaltung am Markt. Diese Unternehmen sind nun gefordert, sich breiter aufzustellen und ihre Abhängigkeit von der Automobilindustrie zu verringern«, erläutert Svend Newger, »der Tarifabschluss lässt ihnen die Luft dazu«.

Auch positiv: Der Tarifvertrag Demografie wurde verlängert. In vielen Betrieben nutzen die Kolleginnen und Kollegen diese Möglichkeit, um vom Arbeitgeber mitfinanziert früher in Rente gehen zu können. Dieser Tarifvertrag wurde 2015 erkämpft, er wäre am 31. Dezember 2020 ohne Nachwirkung ausgelaufen.

»Das Instrument hat sich bewährt und wird inzwischen auch von der Arbeitgeberseite akzeptiert«, sagt Svend Newger. Die Laufzeit des Tarifvertrags Demografie wurde nun an die Laufzeit des Entgelttarifvertrags gekoppelt. Beide enden zum 30. September 2021.

vorwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,



jeder Mensch hat ein Recht auf ein gutes Leben. Weil die Lebensbedingungen in vielen Teilen der Welt schlecht sind, machen sich immer wieder Menschen auf den Weg zu uns. Sie gehen, weil sie unterdrückt werden, weil sie durch Kriege vertrieben werden, weil sie ausgebeutet werden oder sogar hungern. Sie kommen, weil sie sich ein besseres Leben versprechen.

Und: Es geht viel mehr, als manche denken. Menschen aufzunehmen und zu integrieren, sollte eine Pflicht des Staates und der Bürger sein.

Umso wichtiger ist Integration. Integration heißt nicht, dass die Menschen, die kommen, alle kulturellen Werte übernehmen. Zumal diese je nach sozialer Gruppe, Alter und Region sowieso schon sehr unterschiedlich sind. Integration heißt, sich auf Grundlagen zu verständigen, die vor allem bedeuten, dass Menschen vernünftig und friedlich miteinander umgehen. Integration heißt auch, den Menschen, die neu sind im Land, eine Chance zu geben: Die Chance, sich zu bilden und einen ordentlichen Job zu kommen.

Die IG Metall steht seit jeher für Integration und gegen Ausgrenzung. Integration findet ganz praktisch in den Betrieben statt, wenn Menschen mit ganz unterschiedlichen Geschichten zusammenarbeiten.

Jeder Mensch muss würdevoll behandelt werden. Lebe also so und behandele deine Mitmenschen so, wie du selbst behandelt werden willst.

In diesem Sinne wünsche ich dir und deiner Familie im Namen der Redaktion besinnliche Weihnachten sowie frohe Festtage

Dajana Nüsse-Klamann

fett-ecke

Was drin ist zählt und nicht das, was draufsteht

Die Bundesregierung scheint einen Wettbewerb der am schönsten klingenden Gesetzestitel ausgerufen zu haben: Da gibt es inzwischen das »Gute Kita-Gesetz« oder auch das »Starke Familien-Gesetz« oder auch das »Geordnete Rückkehr-Gesetz«. Klingt nach heiler Welt, ist gut verständlich, zielt aber letztlich darauf, dem Inhalt gleich mal ein nettes Etikett zu geben. Und da die Bürgerinnen und Bürger nicht doof sind, dauert es nicht lange, bis sie durchschauen, was hinter den blumigen Namen steht. Das »Geordnete Rückkehr-Gesetz« zielt darauf, Menschen schneller abschieben zu können – und wird deswegen inzwischen auch »Hau-Ab-Gesetz« genannt, beim »Gute Kita-Gesetz« hätte es auch ein Titel wie »Neues Kita-Gesetz« getan.

Auch Ursula von der Leyen, neue EU-Ratspräsidentin und Ex-Bundesverteidigungsministerium, hat mitbekommen, wie schön sich Sachverhalte durch Namen verschleiern lassen. »Schutz der europäischen Lebensweise«, heißt nun der Titel eines der 26 Kommissariatsposten der Europäischen Union. Dahinter verbirgt sich die sehr ernste und irrige Vorstellung, dass es eine einheitliche europäische Kultur gäbe, die es vor Geflüchteten zu schützen gelte.

Und auch Bundesarbeitsminister Hubertus Heil scheint blumige Titel zu mögen. Warum ein Gesetz, das in Krisenzeiten einen erleichterten Zugang zur Kurzarbeit gewährleisten soll, unbedingt »Arbeit von Morgen-Gesetz«, heißen muss, bleibt wohl das Geheimnis des Bundesarbeitsminister. Dabei ist es in der Sache richtig, auch die IG Metall will das, nennt es aber viel passender: Ein Kurzarbeiter-Transformationsgesetz muss her, in Krisen und Umbrüchen muss es einfacher werden, mit Kurzarbeit durchzukommen, ohne dass die Beschäftigten große finanzielle Einbußen haben.

Jenseits der malerischen Namen liegt die Wirklichkeit. Und zu der gehört, wie die Arbeitgeber auf den Gesetzesentwurf aus dem Arbeitsministerim reagierten. Sie wollen stattdessen die Steuersätze für Unternehmen senken. Es ist die altbekannte Leier, die vielleicht auch mal einen Titel verdient hätte. So etwas wie: »Das Letzte Hilfe-Gesetz« (der Industrie): Weniger Steuern sollen für mehr Investitionen und sichere Arbeitsplätze sorgen (ein Märchen für Erwachsene).

Dabei gilt Deutschland schon heute im weltweiten Vergleich als unternehmerfreundliches Land, im europäischen Vergleich liegen die Steuersätze für Unternehmen im Mittelfeld. Dass eingesparte Steuern über den Weg verstärkter Investitonen zu sicheren und sogar zu mehr Arbeitsplätzen führen, mag im Einzelfall funktionieren. Das setzt aber voraus, dass die Ersparnis – also das Geld, das dann der Allgemeinheit fehlt – nicht bei den Eigentümern oder Aktionären verschwindet, also in Vermögen umgewandelt wird. Und das ist leider der Regelfall. Gesenkte Steuern für Unternehmen sind ein weiterer Schritt zur Umverteilung von unten nach oben, die Beschäftigen haben gar nichts davon – und die Sozialsysteme leiden.

Ein Gesetz ist nicht schon deshalb »gut«, weil das Wort im Titel vorkommt. Was zählt, ist was drinsteht und was sich wahrscheinlich wie auswirken wird. Und so hat das »Arbeit von Morgen-Gesetz« durchaus Punkte, die die Position der Beschäftigten verbessern können, etwa durch erleichtere Qualifizierung und finanzielle Absicherung bei technologischen Transformationen – dort, wo Arbeit 4.0 kommt. Auch sollen Arbeitnehmer die Möglichkeit bekommen, Mehrarbeit in ein Zeitkonto einzahlen zu können und sich so eine bezahlte Auszeit nehmen zu können. Geht doch. Dafür sind aber gar keine Wortmaler nötig.

gemeldet

Armutslücke wird größer

Die Einkommen in Deutschland gehen immer weiter auseinander. Zu diesem Ergebnis kommt das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. So liege der Gini-Koeffizient, ein Maß, mit dem Wissenschaftler die Ungleichheit messen, Ende 2016 um zwei Prozent höher gelegen als 2005. Im Vergleich zum Ende der 1990er-Jahre sei die Zahl sogar um knapp ein Fünftel gestiegen.

Trotz der über Jahre guten wirtschaftlichen Entwicklung wächst die Ungleichheit der Einkommen weiter: Hohe Einkommensgruppen profitieren, Menschen mit geringen Einkommen werden weiter abgehängt. Durch die Verschiebungen am oberen und unteren Rand, immerhin 40 Prozent der Haushalte, sei eine Armutslücke entstanden. Diese Dynamik nehme seit Ende der 2000er Jahre deutlich zu. Die Studie basiert auf der repräsentativen Befragung von 25.000 Menschen.

Soli weg – bringt das was?

Der Bundestag hat beschlossen, den Solidaritätszuschlag ab 2021 teilweise zu streichen. Spitzenverdiener sollen ihn weiter zahlen, für rund dreiviertel der Arbeitnehmer und Selbstständigen soll er wegfallen. Praktisch soll die Grenze, bis zu der Beschäftigte den »Soli« zahlen müssen, erheblich angehoben werden. Wer ab 2021 weniger als 17.000 Euro Lohn- oder Einkommenssteuer zahlt, ist dann raus, muss also nichts mehr zahlen. Bei einer steuerlichen Zusammenveranlagung sind das dann entsprechend 34.000 Euro als Grenze. Das klingt erst mal gut.

Aber: Verteilungspolitisch bringt die nun verabschiedete Teilabschaffung des Soli wenig. Die Teilabschaffung trägt nur wenig zur Entlastung von Beziehern unterer und mittlerer Einkommen bei, reißt aber ein großes Loch in den Staatshaushalt. Die Besserverdiener hingegen profitieren am stärksten, weil sie die größten Solibeiträge gezahlt haben. Indirekt führt die Abschaffung des Soli also dazu, dass sich die Einkommen in Deutschland weiter auseinander entwickeln, weil die Besserverdiener durch die Abschaffung des Soli einiges einsparen.

2018 hat der Staat über den Soli 18,9 Milliarden Euro eingenommen, ab 2021 könnten es dann durch die teilweise Abschaffung 11 Milliarden weniger sein.

Ursprünglich gedacht für den »Aufbau Ost«, sind die Mittel im Bundeshaushalt jedoch nicht zweckgebunden. Das Geld aus dem Solidaritätszuschlag könnte also gut gebraucht werden, besonders in dem Fall, wenn in den kommenden Jahren eine Wirtschaftskrise kommen sollte. In Krisenzeiten ist besonders der Staat gefragt, die Konjunktur durch öffentliche Aufträge anzukurbeln. Und dafür braucht er Geld.

Die Weichen gestellt

Der Gewerkschaftstag ist eigentlich eine Gewerkschaftswoche. Und in der geht es zur Sache. Es gilt, die Leitplanken für die nächsten vier Jahre festzulegen. Martin Brummermann war mittendrin.

Abstimmungsmarathon: Zum Gewerkschaftstag lagen rund 800 Anträge vor.

Martin Brummermann, Betriebsratsvorsitzender bei Coko und im Ortsvorstand der IG Metall ist noch heute ganz begeistert: Das erste Mal war er als gewählter Delegierter bei einem Gewerkschaftstag der IG Metall dabei. Der fand vom 6. bis 12. Oktober in Nürnberg statt, rund 500 Delegierte aus dem ganzen Bundesgebiet kamen zusammen und legten die Richtlinien der IG Metall für die nächsten vier Jahre fest. »Die ganze Woche war sehr beeindruckend, alles war super organisiert«, schaut er zurück, »wir hatten wenig Ruhe und viel Arbeit, es galt 800 Anträge zu bearbeiten«. Neben dem großen Plenum, in dem die Beschlüsse gefasst wurden, gab es immer wieder Beratungen, Arbeitsgruppen und Treffen, meistens bezogen auf die Bezirke, in diesem Fall NRW.

Neben den großen Themen, die ja im Zusammenhang mit dem IG Metall-Gewerkschaftstag durch die Medien gegangen sind, allen voran die anstehenden Transformationen in den Betrieben, ausgelöst durch zunehmende Digitalsierung und die Mobilitäts- und Energiewende, gab es viele weitere Themen, die gar nicht so nach draußen drangen. So berichtet Martin Brummermann von einer intensiven Diskussion darüber, ob der Rechtsschutz für IG Metall-Mitglieder auch für Angehörige gilt. Den Stein ins Rollen brachte ein Fall, bei dem ein Mitglied mit Hilfe des Rechtsschutzes einen Kita-Platz für sein Kind einklagen wollte. »Das war ein rechtliche Frage, die ich so gar nicht auf dem Schirm hatte. Letztlich wurde der Antrag abgewiesen, da der IG Metall sonst gedroht hätte, ihren rechtlichen Status zu verlieren«.

Intensiv disktutiert wurde auch, wie mit der AfD umgegangen werden soll. Bekannt ist, dass die AfD auch unter Gewerkschaftsmitgliedern immer wieder hohe Ergebnisse einfährt, bei der Landtagswahl in Thüringen sollen es laut einer Befragung 27 Prozent gewesen sein. »Dabei haben die AfD und die IG Metall nichts gemeinsam: Die IG Metall steht für Solidarität, für Integration, sie steht dafür, dass es den Menschen besser geht und sie gut miteinander klar kommen«, sagt Martin Brummermann. Die IG Metall betont gesellschaftspolitisch das Verbindende, die AfD setzt auf Spaltung. Und dennoch konnte sich ein Antrag nicht durchsetzen, der eine Unvereinbarkeit von IG Metall-Mitgliedschaft und AfD-Mitgliedschaft vorsah. Dies hätte bedeutet: Wer AfD-Mitglied ist, hätte aus der IG Metall ausgeschlossen werden können. »Maßgeblich dafür waren zwei Punkte: Zum einen hat die AfD nichts im Programm, das auf ein Verbot der freien Gewerkschaften abzielt. Und zum anderen hätte sich die AfD dann wieder in ihre wohlbekannte Opferrolle begeben können«, ergänzt Martin Brummermann. Also bleibt es dabei: Die Inhalte der AfD werden politisch bekämpft, einen Unvereinbarkeitsbeschluss gab es aber nicht.

Ein großes Thema beim Gewerkschaftstag war die Rente. Und bei dem Thema ist die IG Metall Detmold besonders aktiv. Sie war im Vorfeld an Anträgen zur Rentenpolitik beteiligt. Ergebnis: Der Gewerkschaftstag bekräftige, dass die gesetzliche Rente im Zentrum bleibt und weiter gestärkt werden soll. »Betriebsrenten oder ähnliches sollten nur eine Ergänzung sein, Modelle, die über Versicherungen abgewickelt werden, wie etwa die Riester-Rente haben sich nicht bewährt«, sagt Martin Brummermann. Die gesetzliche Rente hingegen müsse gestärkt werden, indem weitere Gruppen, Selbstständige und auch Beamte, in die Rentenkasse einzahlen. »Dafür streiten wir. Zugleich setzen wir uns dafür ein, dass die gesetzliche Rentenkasse nicht immer weiter verwässert wird, indem sie Leistungen übernimmt, die eigentlich aus dem Bundeshaushalt finanziert werden müssen, wie aktuell beispielsweise die Mütterrente«.

Arbeit 2020 startet bei Oskar Lehmann

Das Projekt Arbeit 2020 bei Oskar Lehmann in Blomberg startet.»Wir vom Betriebsrat glauben, dass die Digitalisierung in Zukunft die Arbeit in der Produktion und Verwaltung maßgeblich bestimmen wird. Dies wird eine große Herausforderung für alle Beschäftigten, das Management und den Betriebsrat. Aus diesem Grund ist es uns wichtig, das Projekt Arbeit 2020 durchführen zu können«, sagt Thomas Bergmann, Betriebsratsvorsitzender.

Durch viele Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen aus allen Abteilungen wurden in Workshops Handlungsfelder ausgearbeitet, welche der Betriebsrat und die IG Metall auch nach Abschluss des Projektes weiter gezielt verfolgen werden.

Am 6. Dezember 2019 wurde deshalb eine Zukunftsvereinbarung zwischen Melanie Lehmann, Lehmann-Geschäftsführung, Thomas Bergmann, Betriebsratsvorsitzender und Erich Koch, Geschäftsführer der IG Metall Detmold unterzeichnet. Sie enthält zum einen zentrale Ergebnisse aus dem Prozess sowie die Grundbedingungen für künftige Planungen und Formen der Zusammenarbeit.

Arbeit 2020: Ziele des Betriebsrats

- Den Beschäftigten die Angst vor der Veränderung zu nehmen, indem sie frühzeitig informiert und mitgenommen werden.
- Digitalisierung transparent zu gestalten (Chancen / Risiken).
- Den Wandel aktiv mitzugestalten und die Interessen und Ideen der Mitarbeiter mit einfließen zu lassen.
- Sinkende Belastung und verbesserte Arbeitsbedingungen.
- Besserer Überblick über Strategien, Entwicklungen und aktuelle Situationen.
- Beschäftigungssicherung.

Delegierte der IG Metall mit Blick auf 2020

Am 27. November fand im Hörster Krug eine Delegiertenversammlung der IG Metall Detmold statt. Svend Newger gab einen Rückblick auf den Gewerkschaftstag im Oktober. Eine zentrale Aussage: Die IG Metall setzt weiter auf die gesetzliche Rente, andere Rentenformen wie die betriebliche Rente werden nur als Ergänzung gesehen. Und es gab einen Ausblick auf 2020: Dann stehen mehrere Wahlen an, unter anderem werden die Vertrauensleute der IG Metall in den Betrieben gewählt. Auch die Wahlen zum Ortsvorstand, der Delegierten und der Tarifkommissionen stehen im ersten Halbjahr 2020 an. Die Delegiertenversammlung findet mehrmals im Jahr statt, sie ist das entscheidende Gremium einer jeden Geschäftsstelle.

Autobauer machen Sorgen

Eigentlich läuft es weiter gut in der lippischen Kunststoffindustrie. Aber die Betriebe, die als Zulieferer von der Automobilindustrie abhängen, bekommen vermehrt Schwierigkeiten.

Bei **Coko** in Bad Salzuflen arbeiten aktuell 525 Beschäftigte. Neueinstellungen gibt es aktuell nur, wenn andere Kollegen und Kolleginnen kündigen, so dass sich die Gesamtzahl nicht verändert. Hinzu kommen 23 Auszubildende, von denen sieben zum 1. August ihre Ausbildung begonnen haben. Rund 40 Leiharbeitnehmer sind im Betrieb.

Die Auftragslage bezeichnet der Betriebsrat als zufriedenstellend. Es fallen Überstunden an. Gearbeitet wird von montags bis freitags. Im Werkzeugbau, in der Montage und Lackeiererei wird manchmal auch samstags gearbeitet.

Verhandelt wird weiterhin eine Betriebsvereinbarung zum Thema Datenschutz. »Da sind wir inzwischen ziemlich weit fortgeschritten«, sagt Martin Brummermann, Betriebsratsvorsitzender. Im Kern geht es darum, ob, in welchem Umfang und wie E-Mail und Internet im Betrieb für private Zwecke genutzt werden darf.

Eine gute Nachricht zum Schluss: Das Coko-Werk ist von Bose, einem namhaften Hersteller von Lautsprecherboxen auch in PKW, als Lieferant ausgezeichnet werden. Heißt übersetzt: Coko macht gute Arbeit.

Bei **Honasco** in Bad Salzuflen arbeiten aktuell 80 Kolleginnen und Kollegen. Hinzu kommen 13 Auszubildende. Der Betriesrat berichtet von einer eher mäßigen Auftragslage. Dazu passend haben sich die Geschäftsführung beziehungsweise der Arbeitgeberverband und die IG Metall darauf geeinigt, das diesjährige Weihnachtsgeld in zwei Schritten auszuzahlen: 60 Prozent gab es mit der Novemberabrechnung, 40 Prozent folgen Ende Januar. Da es wirtschaftlich aktuell nicht rund läuft, fürchten Beschäftigte weitere Maßnahmen.

Bei **Oskar Lehmann** in Blomberg Donop berichtet der Betriebsrat von einer guten Auftragslage. Aktuell arbeiten dort 230 Beschäftigte. Im Betrieb werden weiterhin 8 Leiharbeitnehmer eingesetzt. Gearbeitet wird von montags bis freitags, Überstunden fallen aktuell keine an. Betriebsvereinbarungen werden zur Zeit keine verhandelt.

Bei **Essmann** in Bad Salzuflen sind 363 Kolleginnen und Kollegen beschäftigt. In den vergangenen drei Monaten gab es zwei Neueinstellungen. Im Betrieb werden weiterhin Leiharbeitnehmer eingesetzt. Fünf junge Menschen werden aktuell ausgebildet.

Gearbeitet wird von montags bis freitags, Überstunden fallen aktuell keine an. Betriebsvereinbarungen werden zur Zeit keine verhandelt.

Der Betriebsrat kritisiert die Schließungen ganzer Abteilungen: IT, Rechnungswesen und Controlling sollen innerhalb des Konzerns Kingspan an andere Standorte verlagert werden, voraussichtlich nach Polen und Irland. Betroffen von der Maßnahme sind rund 25 Mitarbeiter. Der Betriebsrat verhandelt aktuell über einen Interessensausgleich und Sozialplan. Verhandelt wird auch über eine Betriebsvereinbarung zu »Office-365«.

Zum Jahresausklang fand am 13. Dezember in der Phoenix Contact Arena die betriebliche Weihnachtsfeier statt.

Bei **Friedrichs & Rath** im Extertal berichtet der Betriebsrat von einer eher schlechten Auftragslage. Zur Zeit fährt der Betrieb mit seinen 216 Mitarbeitern Kurzarbeit. In den vergangenen zwei Monaten gab es zwei Neueinstellungen, niemand wurde betriebsbedingt entlassen. Im Betrieb sind rund 25 Leiharbeitnehmer beschäftigt.

Betriebliche Aktionen während der Tarifrunde bei Ninkaplast, Coko und Oskar Lehmann: Wir sagen »Danke«. Gemeinsam haben wir das Tarifergebnis erreicht.

Aktuelle DGB-Studie: Arbeitsstress bleibt auf hohem Niveau

Vor wenigen Tagen erschien der diesjährige Index des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) »Gute Arbeit«. Schwerpunkt der diesjährigen Auswertung war die Arbeitsintensität der Beschäftigten in Deutschland. »Das Problem zu hoher psychischer Belastung in der Arbeitswelt ist seit Jahren bekannt«, sagt der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann, »für einen Großteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat sich jedoch wenig geändert. Die aktuellen Befunde des DGB-Index Gute Arbeit zeigen: Der Arbeitsstress bleibt auf einem besorgniserregend hohen Niveau«. Mehr als die Hälfte der Befragten (53%) berichten, dass sie sich bei der Arbeit sehr häufig oder oft gehetzt fühlen. Und bei vielen Beschäftigten scheint die Arbeitsbelastung sogar noch zu steigen: Mehr als ein Drittel der Befragten berichtet, dass sie in den vergangenen zwölf Monaten mehr Arbeit verrichten mussten, als noch ein Jahr zuvor.

Insgesamt berichtet mehr als ein Viertel der Beschäftigten, dass sie sehr häufig oder oft die Arbeitsmenge, die sie eigentlich erledigen müssten, nicht in der vorgesehenen Arbeitszeit schaffen können.

Die Ergebnisse des DGB-Index decken sich mit den Eindrücken in der lippischen Kunststoffindustrie: in der gleichen Zeit muss mehr geleistet werden, der Stress nimmt zu, die Gesundheit leidet.

recht praktisch

Betriebsrente geschützt

Nicht in allen Betrieben ist sie üblich, die Betriebsrente. Hinzukommt der Streit über die zu zahlenden Krankenkassenbeiträge, da ist seitens der Bundesregierung immer noch kein Einlenken in Sicht. Aber an anderer Steller hat das Bundesarbeitsgericht nun für mehr Klarheit gesorgt.

Der Kläger war seit 1971 bei einer Firma beschäftigt, die ihm eine betriebliche Altersversorgung zugesagt hatte. 1988 wurde die Firma verkauft und mit dem Unternehmen des Käufers verschmolzen. Als der Kläger in den Ruhestand trat, erhielt er eine Betriebsrente von 2.243 Euro monatlich. Später wurde diese die auf 2.047 Euro verringert. Mit dieser Kürzung war der Kläger nicht einverstanden. Er begründete dies damit, dass ein Eingriff in erworbene Anwartschaften unzulässig sei. Das BAG bestätigt nun: Betriebsrenten sind an Vertrauensschutz und Verhältnismäßigkeit gebunden. Die Erfurter Bundesrichter*innen verwiesen den Fall zurück an das Landesarbeitsgericht, da dieses die Höhe des Ruhegeldes neu zu ermitteln habe.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 22. Oktober 2019 - 3 AZR 429/18

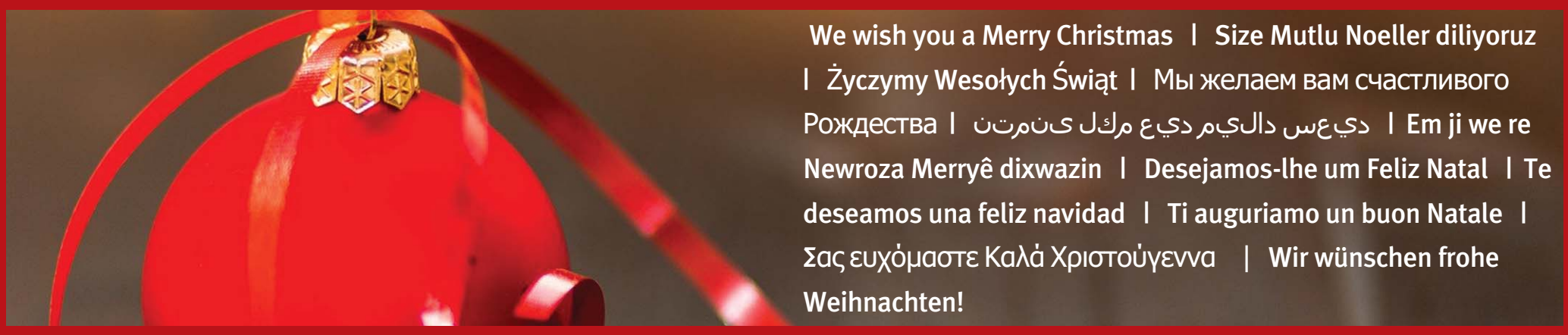
Hartz IV: Weniger Sanktionen

Wer ins Arbeitslosengeld II (»Hartz IV«) gerät, muss mit Sanktionen rechnen, wenn er nicht im Sinne des Amtes mitwirkt. Ob diese überhaupt rechtens sind, war nun Gegenstand eines Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgerichts. Dies entschied: Sanktionen sind weiterhin möglich, dürfen aber nicht größer als 30 Prozent ausfallen. Sanktionen von 60 oder gar 100 Prozent verstoßen aus Sicht des Gerichts gegen das Grundgesetz. Das Urteil umzusetzen, ist nun Sache des Bundesarbeitsministeriums. Dort sorgte ein Entwurf für Aufsehen, der die 30 Prozent-Grenze zwar bejaht, aber gleichzeitig die Möglichkeit offen lässt, Vergehen zusammenzuziehen, so dass am Ende doch wieder mehr als 30 Prozent stehen. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil dementierte umgehend: Es werde keine Kürzungen des Hartz IV-Satzes um mehr als 30 Prozent mehr geben. Man darf gespannt auf das weitere Gesetzgebungsverfahren dazu sein.

Kritiker hatten gehofft, dass das Bundesverfassungsrechte die Sanktionen ganz kippt. Das Sozialgericht Gotha hat dies so gesehen und deswegen eben auch das Bundesverfassungsgericht angerufen. Hartz IV bedeutet ein Leben am Existenzminimum. Dieses dürfe nicht davon abhängig gemacht werden, dass Betroffene mitwirken, beispielsweise an Maßnahmen teilnehmen, betonen die Kritiker.

Bundesverfassungsgericht, Urteil vom 5. November 2019 - 1 BvL 7/16

Die IG Metall Detmold wünscht entspannte Tage zwischen den Jahren



»Wir sollten uns auf den Weg machen«

Susanne Sadler, Betriebsratsvorsitzende bei Dorma-Glas in Bad Salzuflen, ist als Delegierte erstmals zum Gewerkschaftstag der IG Metall gefahren. Was sie dort erlebe, machte ihr deutlich: Wir sind viele, wir sind stark, wir sind solidarisch, wir packen an.

Susanne Sadler arbeitet seit 1999 bei der Dorma-Glas GmbH, einer Tochter der dormakaba Gruppe, einem weltweiten Unternehmen für Zutritts- und Sicherheitslösungen. Am Standort Bad Salzuflen arbeiten rund 250 Beschäftigte. Zuvor hatte sie eine kaufmännische Ausbildung gemacht. 2002 wird sie in den damals neu gegründeten Betriebsrat des Unternehmens gewählt, seit 2010 ist sie freigestellte Betriebsrätin. Sie gehört zum Ortsvorstand der IG Metall. Am diesjährigen Gewerkschaftstag der IG Metall in Nürnberg nahm sie erstmals als Delegierte teil.

Was war dein Eindruck vom Gewerkschaftstag?

Als Neuling wusste ich ja nicht, was auf mich zukommt. In den Wochen zuvor haben wir Pakete an Arbeitsunterlagen bekommen und ich habe mich gefragt, wie das in einer Woche abzuarbeiten sein soll. Aber die Woche selbst war dann sehr beeindruckend, eine spannende und bereichernde Erfahrung. Die Organisation war hervorragend, alles war sehr strukturiert.

Hast Du dich als Delegierte ernstgenommen gefühlt?

Auf jeden Fall. Wir haben vor und während des Gewerkschaftstages viel diskutiert, im großen Plenum, aber auch in kleineren Gruppen. Der Gewerkschaftstag hat meine Verbundenheit zur IG Metall noch erhöht. Dass viele Aufgaben vor uns liegen, wurde noch mal deutlich. Aber eben auch, dass wir viele sind, dass es viele Menschen gibt, die mich unterstützen können, wenn ich als Einzelner Hilfe benötige.

Ein Thema dort war, die IG Metall stärker von den Betrieben aus zu denken.

Richtig und wichtig. Wir müssen die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben noch stärker mitnehmen. Ich zum Beispiel habe kürzlich bei einer Betriebsversammlung über den Gewerkschaftstag berichtet. Anschließend sind einige Kollegen, die noch nicht Mitglied sind, zu mir gekommen, waren neugierig, haben sich erkundigt. Oder das große Thema Rente. Da hilft es, darauf hinzuweisen, dass die IG Metall ein eigenes rentenpolitisches Konzept hat, dass die IG Metall eine starke Organsation ist, die viel macht und auch einiges durchsetzen kann. Dass die IG Metall sehr solidarisch und hilfreich ist, müssen wir auf betrieblicher Ebene noch viel stärker in den Köpfen der Kolleginnen und Kollegen verankern. Ebenso müssen wir bei den Kolleginnen und Kollegen das Bewusstsein verstärken, dass wir nur gemeinsam gute und faire Arbeitsbedingungen erreichen beziehungsweise erhalten können.

Die Industrie in Deutschland steht vor Umbrüchen, durch zunehmende Elektromobilität, allgemeiner durch Industrie 4.0. Ist das zu schaffen?

Auch bei den großen Themen dürfen wir den Kopf nicht in den Sand stecken. Wir sollten uns auf den Weg machen. Wir können den Wandel nicht stoppen, aber wir wollen den Wandel so gut wie möglich mitgestalten. Bei Dorma-Glas gibt es auch Wandel, auch wenn bei uns Industrie 4.0 noch in den Anfängen steckt. Wo es Industrie 4.0 gibt, geht es eben auch um Arbeit 4.0. Wie sehen die Arbeitsplätze künftig aus? Wir wollen als Betriebsrat im kommenden Jahr stärker für das Thema Weiterbildung sensibilisieren. Wer heute eine Maschine bedient und irgendwann ein Roboter diese Aufgabe übernimmt, was passiert dann mit dem Kollegen? Darauf müssen wir uns vorbereiten.

Dajanas Rumkugeln

Genau das richtige für die Winterzeit: Dajanas Rumkugeln. Sie sind echte Kalorienbomben, schmecken aber verdammt lecker und sind einfach herzustellen: 50 Gramm Butter, 175 gr geriebene Mandelschokolade, 3 El Rum, 1 Päkchen Schokopuddingpulver, 30 gr Puderzucker. Alles miteinander verkneten und abschließend in Schokostreuseln kugeln. Die beschriebene Menge ergibt rund 20 Rumkugeln, jenachdem, wie groß ihr sie macht.
Guten Appetit!

Vorsicht Cartoon!

Impressum

›Nachdruck‹
Zeitung der IG Metall für die Beschäftigten in der lippischen Kunststoffindustrie

Redaktion: Thomas Bergmann, Martin Brummermann, Elmar Kleine-Grauthoff, Beate Linke-Niehage, Svend Newger, Dajana Nüsse-Klamann

Cartoon S.4: André Poloczek

Fotos: IG Metall, S1 oben rechts und S3. unten rechts: pixabay

Redaktionsleitung, Layout und Satz: Manfred Horn

Verantwortlich i.S.d.P.: Erich Koch, IG Metall Detmold, Gutenbergstr. 2, 32756 Detmold, fon 05231. 99 190, eMail detmold@igmetall.de

Wir freuen uns über LeserInnenbriefe und Rückmeldungen. Vielleicht wissen Sie, weißt Du, von einem Thema, über das wir berichten sollten. Schreibe eine eMail mit dem Betreff ›nachdruck‹ an: detmold@igmetall.de oder einen Brief an unsere Redaktionsadresse: IG Metall Detmold, Gutenbergstr. 2, 32 756 Detmold

IG Metall – Eine starke Gemeinschaft. Jetzt Mitglied werden!

Die Beitrittserklärung können Sie bei Ihrem Betriebsrat, bei den Vertrauensleuten der IG Metall und in der Geschäftsstelle der IG Metall in Detmold, Gutenbergstr. 2, 32756 Detmold, abgeben.

○ BEITRITTSERKLÄRUNG
○ ÄNDERUNGSMITTEILUNG

Strichcodelabel der Geschäftsstelle

Bitte in Blockschrift ausfüllen und an Deine Geschäftsstelle oder an die IG Metall in 60519 Frankfurt am Main senden. **Online** ausfüllen kannst Du dieses Formular unter **www.igmetall.de/beitreten** *Pflichtfelder **Wird von der IG Metall ausgefüllt.

Name* | Vorname* | Geschlecht* ○ weiblich ○ männlich

Geburtsdatum* T T M M J J J J | Staatsangehörigkeit* | Land* | PLZ*

Wohnort* | Straße* | Hausnr.*

Telefon ○ dienstlich ○ privat | Mobiltel. ○ dienstlich ○ privat | E-Mail* ○ dienstlich ○ privat

Beruf / Tätigkeit / Studium / Ausbildung | Beschäftigt im Betrieb, Postleitzahl, Ort

Mitgliedsart ○ Vollzeit ○ Teilzeit ○ Solo-Selbstständige/-r ○ Auszubildende/-r ○ Schüler/-in, Student/-in ○ Umschüler/-in ○ duales Studium

○ befristet beschäftigt ○ Leiharbeiter/-in, Werkvertrag: Wie heißt der Einsatzbetrieb?

Ausbildung / vergleichbare Einrichtung / Hochschule | von | bis

Beitrittserklärung: Hiermit trete ich der »Industriegewerkschaft Metall«, Kurzform »IG Metall«, bei und erkenne die Satzung dieser Gewerkschaft an. Ich bestätige die Richtigkeit der Angaben zu meiner Person, die ich der IG Metall zum Zwecke der Datenerfassung im Zusammenhang mit meinem Beitritt zur Verfügung stelle.

Datenschutzhinweis: Meine personenbezogenen Daten werden von der IG Metall und ihren gewerkschaftlichen Vertrauensleuten unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften der EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) und des deutschen Datenschutzrechts (BDSG) für die Begründung und Verwaltung meiner Mitgliedschaft erhoben, verarbeitet und genutzt. Im Rahmen dieser Zweckbestimmungen werden meine Daten ausschließlich zur Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben an diesbezüglich besonders Beauftragte weitergegeben und genutzt. Eine Weitergabe an Dritte erfolgt nur mit meiner gesonderten Einwilligung. Eine Weitergabe der Daten zu Marketingzwecken findet nicht statt. Die europäischen und deutschen Datenschutzrechte gelten in ihrer jeweils gültigen Fassung. Weitere Hinweise zum Datenschutz finde ich unter **https://igmetall.de/datenschutz-dok** Wenn ich eine ausgedruckte Version der Datenschutzhinweise per Post wünsche, kann ich mich wenden an **datenschutz@igmetall.de**

✗ Ort / Datum / Unterschrift

**Mitgliedsnummer, bitte bei Änderungen eintragen | Eintrittsdatum T T M M J J J J

Angesprochen von (Name, Vorname) oder Werberteam | Mitgliedsnummer Werber/-in (wenn vorhanden)

IBAN* D E

BIC* | Kontoinhaber/-in

Bank / Zweigstelle

Bruttoeinkommen* mtl. Bruttoeinkommen | Beitrag**

SEPA-Basislastschriftmandat (wiederkehrende Lastschriften): Gläubiger-Identifikationsnr. der IG Metall: DE71 ZZZ0 0000 0535 93, Mandatsreferenz: Mitgliedsnr.01 **SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige die IG Metall, den jeweils von mir nach § 5 der Satzung der IG Metall zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von 1 Prozent des monatlichen Bruttoverdienstes zur vereinbarten Fälligkeit von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der IG Metall auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. **Hinweis:** Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Änderungen meiner Daten werde ich unverzüglich der IG Metall mitteilen.

✗ Ort / Datum / Unterschrift

Einwilligung in die Übermittlung meiner personenbezogenen Daten an die Bank zu Zwecken der Abwicklung des SEPA-Lastschriftmandats. Hiermit willige ich ein, dass die IG Metall meine personenbezogenen Daten (insbesondere Name, IBAN / BIC, Beitragshöhe), aus denen sich möglicherweise meine **Gewerkschaftszugehörigkeit** ableiten lässt, für die Abwicklung des SEPA-Lastschriftmandats an den/die ausführenden Zahlungsdienstleister übermittelt. Die Gewerkschaftszugehörigkeit ist nach geltendem Datenschutzrecht als besonders sensibles Datum unter besonderen Schutz gestellt. Die Übermittlung der vorstehend genannten Daten ist Voraussetzung dafür, dass die IG Metall die satzungsgemäßen Beiträge über das SEPA-Lastschriftmandat einziehen kann. Meine Einwilligung ist Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung für den vorgenannten Zweck. Meine Einwilligung ist freiwillig. Ich bin berechtigt, meine Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Der Widerruf berührt nicht die Rechtmäßigkeit der aufgrund meiner Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung. Weitere Informationen zur Datenverarbeitung kann ich den »Informationen zur Verarbeitung personenbezogener Daten« unter **https://www.igmetall.de/datenschutz-dok** entnehmen.

✗ Ort / Datum / Unterschrift

Stand 25.05.2018